

KURZPOSITION

Sektion 241: US-Russlandsanktionen

Die US-Administration hat am 6. April 2018 Sanktionen gegen russische Staatsangehörige und Unternehmen erlassen. Unter anderem ist der Präsident des größten russischen Aluminiumherstellers (Rusal) von den US-Sanktionen betroffen. Eine Übergangsfrist gilt bis zum 23. Oktober 2018. Die deutsche Nichteisen(NE)-Metall- bzw. Aluminiumindustrie befürchtet, dass sich durch die Sanktionen erhebliche Marktverschiebungen in Deutschland ergeben, die sich durch die gesamte Lieferkette ziehen könnten. Es drohen Lieferengpässe bei Rohaluminium bzw. Aluminiumoxid und Preissteigerungen. Die WVMetalle fordert eine schnelle politische Lösung und Ausnahmen für europäische Importeure. Zusätzlich muss eindeutig bestimmt werden, welche Unternehmen von den Sanktionen betroffen sind.

1. Hintergrund

Die USA haben am 6. April 2018 Sanktionen gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch sie kontrollierte Unternehmen sowie gegen **siebzehn russische Regierungsfunktionäre**, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank erlassen. Das neue US-Maßnahmenpaket (Executive Orders 13661, 13662 und 13582) nimmt Bezug auf **Sektion 241** des „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)“ vom August 2017. Im Allgemeinen werden die neuen Sanktionen gegen Personen und Unternehmen verfügt. Eine Übergangsfrist gilt bis zum 23. Oktober, die in der General Licence 14 geregelt ist.

Unter den sanktionierten Personen befindet sich **Rusal-Präsident Oleg Deripaska**. Das hat zur Folge, dass **Aluminium in Rohform oder Tonerde** von der Firma Rusal mit einem de facto Embargo belegt wird. Deripaska hat Ende April angekündigt, seinen Anteil an Rusal auf unter 50 Prozent zu reduzieren. Die WVMetalle geht aber davon aus, dass Deripaskas Einfluss immer noch zu groß ist und Rusal auf der Sanktionsliste verbleibt. Erst wenn Deripaska den Großteil seiner Anteile verkauft, sollte Rusal von den Sanktionen gestrichen werden.

Aufgrund von Rusals **wichtiger Marktposition** könnte sich aus dieser Entwicklung ein Versorgungsengpass in der EU und Deutschland einstellen. Denn im Jahr 2017 wurden **744.853 Tonnen** Aluminium in Rohform (nicht legiertes) nach Deutschland importiert. Davon kamen **233.267 Tonnen** aus Russland. Somit wurden **31 Prozent** des gesamten im Jahr 2017 nach Deutschland eingeführten Rohaluminiums aus Russland importiert, ein großer Anteil davon durch Rusal. Auch auf europäischer Ebene sind die Lieferbeziehungen zu Russland intensiv. Für die Versorgung mit Aluminiumoxid sind Rusal und deren Tochterunternehmen von entscheidender Wichtigkeit für den deutschen Markt. Wir schätzen die Abhängigkeit auf 1/3 des Imports. Russland ist mit knapp **1,6 Mio. Tonnen Rohaluminium** der größte EU-Importeur. 2,3 Mio. Tonnen an Tonerde, die für den EU-Markt bestimmt sind, werden von Unternehmen geliefert, die im Eigentum der Rusal sind, was circa 50 Prozent des Gesamtbedarfes in der EU ausmacht.

Weiterhin wird das Vermögen der Personen und Firmen, die auf der Sanktionsliste sind, eingefroren. US-Bürgern sind geschäftliche Beziehungen mit den sanktionierten Personen und Firmen verboten. Darüber hinaus können auch Nicht-US-Bürger Ziel von Sanktionen werden, falls sie wissentlich „signifikante Transaktionen“ im Auftrag der blockierten russischen Personen oder Unternehmen unterstützen. Die Begrifflichkeit „signifikante Transaktionen“ wird fallspezifisch bestimmt.

2. Wirkung auf die deutsche NE-Metallindustrie

Die WVMetalle geht davon aus, dass die Sanktionen einen erheblichen Einfluss auf die Handelsströme zwischen Deutschland/Europa und Russland haben werden. Die EU ist ein **Netto-Importeur** von **Rohaluminium** und Tonerde. Die Sanktionen könnten **Marktverschiebungen** für alle Marktteilnehmer zufolge haben, die in der **gesamten Lieferkette** zu spüren sind. Damit wären auch große Abnehmerbranchen wie die Automobilindustrie von den Auswirkungen betroffen. Bereits in den ersten Tagen nach Bekanntgabe der Sanktionen waren **signifikante Preissteigerungen** bei den Rohstoffen Aluminium und Tonerde im Börsenhandel zu erkennen.

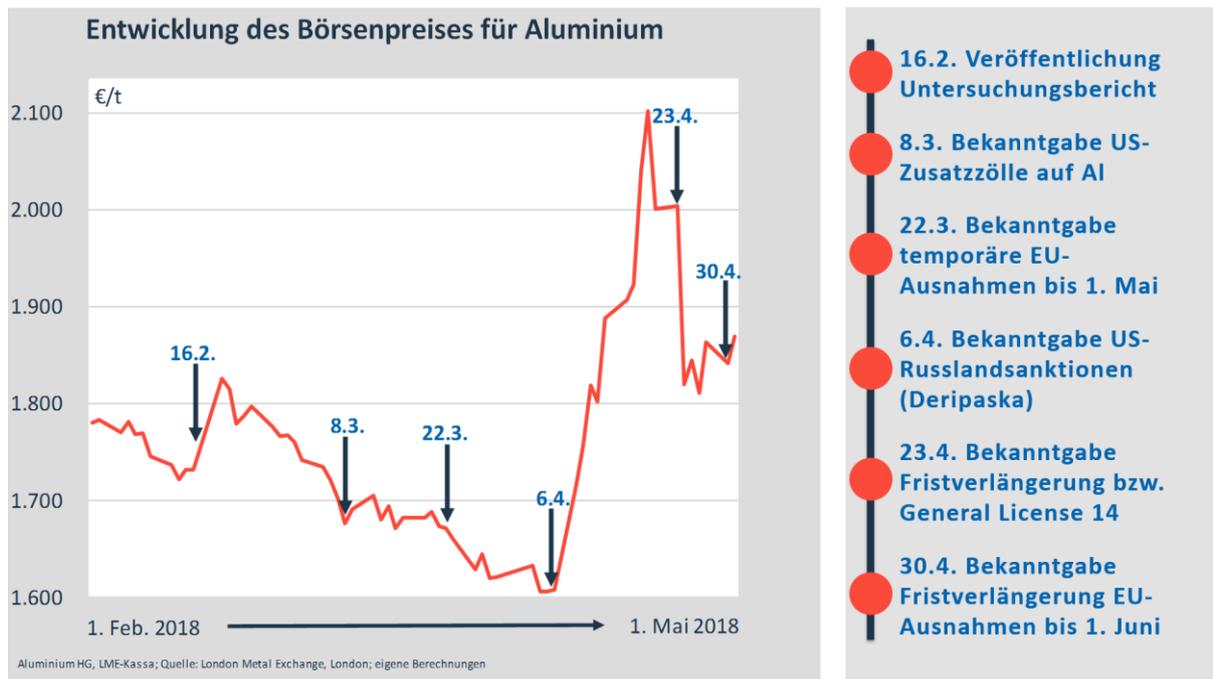
3. Politische Handlungsempfehlungen

Die WVMetalle respektiert die US-Sanktionen gegen Russland vor dem Hintergrund der internationalen politischen Entwicklungen. Die getroffenen Maßnahmen bleiben jedoch nicht ohne wirtschaftliche Folgen für die NE-Metallindustrie in Deutschland und Europa: Die **Versorgungssicherheit** und die Planbarkeit der **Preisentwicklung** sind nicht mehr sichergestellt, was zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber außereuropäischen Anbietern (China, Indien, Golfstaaten) gehen könnte. Wir regen daher an, dass Unternehmen, die nicht unmittelbar mit den Sanktionen in Verbindung stehen oder eine eigene Wertschöpfung in der EU haben – ungeachtet der Eigentümerstruktur – von der Sanktionsliste gestrichen oder Ausnahmen für diese Firmen vereinbart werden. Ein Beispiel ist die Firma **Aughinish Alumina** (Tochterunternehmen von Rusal) mit Sitz in Irland. Aughinish ist eine Aluminiumoxidfabrik und beliefert über Partner-Unternehmen die europäische Aluminiumindustrie mit dem Rohstoff Aluminiumoxid, der für die eigene Herstellung in den europäischen Aluminiumhütten notwendig ist. Ohne die gesicherte Versorgung mit Aluminiumoxid kann eine Aluminiumhütte nicht betrieben werden. Produktionsausfälle, die Stilllegung von Anlagen sowie eine kostenintensive und monatelang andauernde Wiederinbetriebnahme sind die Folge, die eine Existenzbedrohung für die Hüttenbetreiber und die ganze auf deren Materiallieferung angewiesene Werkstoffkette in Europa darstellt. Aughinish ist unverzichtbar für die Aluminiumoxid-Versorgung des europäischen Marktes und hat darüber hinaus eine eigene Wertschöpfung mit davon abhängenden Arbeitsplätzen. Aughinish ist zu 100 Prozent im Eigentum von Rusal, womit das Unternehmen komplett sanktioniert wird und seinen Kunden bereits **Force Majeure (Höhere Gewalt)** erklärt hat. Wir fordern, dass Aughinish explizit nicht auf einer Sanktionsliste gelistet wird bzw. Ausnahmeregelungen für dieses Unternehmen greifen.

Zusätzlich sollte auf der politischen Ebene **schnell** eine **Lösung** gefunden werden. Hierbei ist von allergrößtem Interesse, dass die Aluminiumindustrie Handlungs- und Planungssicherheit hat. Ohne Rohstoffe keine Aluminiumproduktion. Darunter würde der ganze Wirtschaftsstandort Deutschland leiden. Deswegen muss eine schnelle und tragfähige Lösung erarbeitet werden, welche die Rohstoffversorgung sicherstellt.

Letztlich fordern wir die Politik dazu auf, dass klare Regeln hinsichtlich der Betroffenheit von Unternehmen festgelegt werden. Wenn ein Konzern im Eigentum einer sanktionierten Person ist, steht de facto nicht fest, ab welchem Schwellwert (üblich < 50 Prozent) die Firma von der Sanktionsliste gestrichen wird. Diese Festlegung ist aber wichtig, um Planungs- und Rechtssicherheit für die Aluminiumindustrie zu gewährleisten.

4. Zeitablauf



FORDERUNGEN ZUM THEMA SEKTION 241

- 1. Schnelle politische Lösung.** Europa muss sich klar und eindeutig positionieren. In diesem Kontext steht die Rohstoffversorgung der europäischen NE-Metall- bzw. Aluminiumindustrie im Mittelpunkt. Die US-Sanktionen drohen immense Marktverschiebungen zu Lasten der deutschen Aluminiumindustrie auszulösen. Deswegen fordern wir eine schnelle und tragfähige politische Lösung, um Planungs- und Rechtssicherheit für die Industrie zu gewährleisten.
- 2. Ausnahme für EU-Unternehmen und klare Regeln hinsichtlich der Betroffenheit von Firmen.** Unternehmen wie **Aughinish**, die eine eigene Wertschöpfung innerhalb der EU haben, an die Arbeitsplätze und die Versorgung des europäischen Marktes gekoppelt sind, müssen von den Sanktionen ausgenommen werden – z. B. durch Streichung von der bisherigen Liste. Zudem muss die eigentumsrechtliche Lösung fokussiert werden. Hierbei fordern wir klare Schwellenwerte, ab wann ein Unternehmen im Eigentumsverhältnis einer sanktionierten Person betroffen ist und wann nicht.
- 3. Keine Paketlösungen.** Die WVMetalle plädiert dafür, dass die Sektionen 232 und 301 sowie die Russland-Sanktionen separat voneinander betrachtet werden und es keine Paketlösungen zu Lasten der deutschen NE-Metall- bzw. Aluminiumindustrie gibt.

Berlin, den 02. Mai 2018

Kontakt:
Sebastian Schiweck
Handels- und Rohstoffpolitik
Telefon: 030 / 72 62 07 – 107
E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin